

Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 28.04.2007

Wulff will für das Erdkabel dicke Bretter bohren

Ministerpräsident bekräftigt im Landtag seine Forderung nach einem Pilotprojekt / Gesetz lässt aber nur Überlandleitungen zu

Kreis Hildesheim (pr). Im Niedersächsischen Landtag gibt es eine breite Mehrheit für die Erdverkabelung von Hochspannungsleitungen. Da nach heutigem Recht eine unterirdische Leitung allerdings nicht möglich sei, warb Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff gestern erneut für ein Pilotprojekt.

Die Sache ist verzwickelt: Durch das vom Bund erlassene Energiewirtschaftsgesetz (ENWG) sind keine Planfeststellungsverfahren für Erdverkabelungen möglich. Nach dem Willen des Gesetzgebers sollen so vermeidbare Mehrkosten beim Netzausbau verhindert werden, um den Strompreis nicht noch weiter ansteigen zu lassen.

Weil sich aber die Menschen entlang der geplanten Trasse vehement gegen die Mega-Masten wehren, sollten nach Auffassung Wulffs Alternativen gesucht werden. Der Ministerpräsident konkretisierte seinen Wunsch nach einem Pilotprojekt, das mit Geldern der EU, des Bundes und des Landes angehoben werden könnte. Wie einst beim Telefonnetz müssten auch die Stromleitungen nach und nach unter die Erde: „Das wird aber Jahrzehnte dauern. Da müssen wir dicke Bretter bohren“, sagte Wulff.

Damit hat die SPD-Abgeordnete Renate Geuter aus Friesoythe so ihre Erfahrungen gemacht. Seit zwei Jahren wird bei ihr im Kreis Cloppenburg das Thema Mega-Masten diskutiert. Allerdings würden alle vorliegenden Zahlen über die Mehrkosten einer Erdverkabelung einen deutlichen Mangel aufweisen: „Sie berücksichtigen lediglich die betriebswirtschaftlichen Investitionskosten, lassen aber die Belastungen für die Allgemeinheit und die Umwelt außen vor“, sagte Geuter.

Dabei habe ein Erdkabel beachtliche Vorteile. So könnten bei einer gasisolierten 60 Kilometer langen Leitung jährlich mehr als zehn Millionen Euro durch geringere Durchleitungsverluste eingespart werden. Das bedeutet nach den Berechnungen der Abgeordneten eine Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes um 58,3 Millionen Kilogramm pro Jahr.

Dennoch habe Eon bisher alle Wünsche nach einem Erdkabel abgelehnt. Das Unternehmen befürchte offenbar, dass damit eine Verkabelung grundsätzlich zum Stand der Technik erhoben werde. Renate Geuter: „Die erste Entscheidung für einen Netzausbau in Niedersachsen wird als Präzedenzfall für alle anderen Leitungstrassen Gültigkeit haben.“

Skeptisch äußerte sich Hans-Joachim Janßen von den Grünen zu den Chancen einer unterirdischen Verlegung: „So lange das Energiewirtschaftsgesetz nicht geändert wird, können wir ins Landesraumordnungsverfahren schreiben, was wir wollen. Dann werden wir die Freileitungen bekommen“, sagte der energiepolitische Sprecher.

Im Landtag fiel gestern kein Beschluss. Das Thema Hochspannungsleitungen soll jetzt in den Fachausschüssen beraten werden.